HUMANISTISCHE STUDENTEN UNION BOCHUM

Aufforderung an die Botschaften folgender Länder:

Belgien, Frankreich, Dänemark, Großbritannien, Italien, Jugoslavien, Luxemburg, Niederlande, Rumänien, UDSSR, Vereinigte Staaten, Norwegen

---

Am Mittwoch, den 15. Mai, und am Donnerstag, den 16. Mai 1968 beschlossen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in zweiter Lesung einschneidende Änderungen des Grundgesetzes.

Wir, die Unterzeichnenden, wissen, daß es uns ohne massive Unterstützung nicht gelingen wird, die Verabschiedung der Gesetze in dritter Lesung zu verhindern.

Schon einmal in der deutschen Geschichte unterlagen die Verteidiger der Freiheit und Demokratie. Unter den Folgen dieser Niederlage, die sich in den Ermächtigungs-Gesetzen manifestierte, litt nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die Bevölkerung Ihres Landes.

Wir bitten Sie daher uns zu unterstützen, die Verabschiedung der vorliegenden Notstands-Verfassung, den neuen Ermächtigungsgesetzen, zu verhindern. Wie sehr auch Ihr Land von diesen Gesetzen wiederum betroffen wird, zeigt, um nur ein Beispiel zu nennen, der Artikel 80 a (1).

"Ist in diesem Grundgesetz oder in einem Bundesgesetz über die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung bestimmt, daß Rechtsvorschriften nur nach Maßgabe dieses Artikels angewandt werden dürfen, so ist die Anwendung außer im Verteidigungsfall nur zulässig, wenn der Bundestag den Eintritt des Spannungsfalles feststellt oder wenn er der Anwendung besonders zugestimmt hat. Die Feststellung des Spannungsfalles ... bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen."

Eine solche Feststellung des Spannungsfalles bedeutet eine Teilmobilmachung. Diese wird im konflicktreichen Europa zwangsläufig zu einer Kettenreaktion gegenseitiger Kriegsvorbereitungen führen, die in einem dritten Weltkrieg gipfeln kann.

Nach Verabschiedung dieser Notstands-Verfassung besteht für alle demokratischen und friedliebenden Kräfte in Deutschland, auf Grund weiterer in dieser Verfassung verankerter Artikel, keine Möglichkeit mehr, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.

Daher fordern wir Sie auf, uns durch diplomatische Intervention zu unterstützen! Wir bitten Sie eindringlich, solange es noch möglich ist, Ihren ganzen Einfluß geltend zu machen!

BITTE UNTERZEICHNEN SIE DIESE AUFFORDERUNG